

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/02/2019

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses am 11.03.2019,
Rathaus, Sitzungszimmer 103

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 19:55 Uhr

Anwesend

Stadtverordnete

Herr Peter Egan
Herr Volkmar Kleinschmidt
Herr Markus Kubczigk
Herr Horst Marzi
Frau Franziska Mey
Herr Jochen Proske i. V. f. Herrn Eckart Boege
Herr Bernd Röper
Herr Wolfgang Schäfer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Burkhard Bertram
Herr Oliver Böge i. V. f. Frau Nicole Johannsen
Frau Margit Goldbeck
Herr Christian Stoffers i. V. f.
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Lasse Thieme

Verwaltung

Frau Sabrina-Nadine Blossey
Frau Anja Gust
Frau Ines Wilke
Berichterstatlerin
Wirtschaftsförderin
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Claas-Christian Dähnhardt
Frau Nicole Johannsen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Eckart Boege

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2019 vom 11.02.2019
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
- keine -
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
8. Bericht über geleistete über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 95 d GO **2019/030**
9. Aufstellung eines Doppelhaushalts für die Haushaltsjahre 2020/2021 **2019/033**
10. Anfragen, Anregungen, Hinweise
 - 10.1. Jahresabschluss 2017

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Anschließend verpflichtet der Vorsitzende Herr Egan die Bürgerlichen Ausschussmitglieder Herr Oliver Böge und Herr Christian Stoffers durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Ausschussvorsitzende berichtet, dass in der letzten Sitzung im nicht öffentlichen Teil zwei Beschlüsse zu Ansiedelungsvorhaben im Gewerbegebiet Beimoor Süd/B Plan 88 b gefasst wurden. Ein weiteres Ansiedelungsvorhaben ist zurückgestellt worden.

4. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen und Anregungen gestellt.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Der Finanzausschuss stimmt der mit Einladung vom 27.02.2019 versandten Tagesordnung zu.

Der Finanzausschuss stimmt der Beratung der Tagesordnungspunkte 11 - 16 in nicht öffentlicher Sitzung nach Hinweis auf die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls/berechtigten Interessen Einzelner mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder gemäß § 35 Abs. 2 GO in Verbindung mit § 46 Abs. 12 GO zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2019 vom 11.02.2019

Herr Schäfer bittet um Änderung des TOP 8.2 Sonstige Berichte/Mitteilungen. Im Wortlaut des Protokolls wird in Bezug auf die Anfrage der FDP-Fraktion (AF/2019/002) berichtet, dass Herr Schäfer die Anfrage als beantwortet ansieht und kein weiterer Handlungsbedarf besteht. Dies ist so nicht korrekt. Es wird weiterhin um Beantwortung der genannten Anfrage gebeten.

Weiterhin wird seitens der Verwaltung ergänzt, dass zum einen die Anwesenheitsliste ergänzt werden muss, da Frau Gust nicht aufgeführt war und zum anderen der Wortlaut des TOP 13 folgendermaßen heißen soll:

„Herr Dähnhardt stellt nach kontroverser Diskussion den folgenden Antrag:“

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

— keine —

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Die Berichterstatterin erläutert die Entwicklung der Liquidität bis zum 11.04.2019 (**vgl. Anlage**). Derzeit weisen die städtischen Geschäftskonten einen Bestand von 19,01 Mio. € aus. Zum 11.04.2019 wird ein Bestand von 14,56 Mio. € erwartet.

Weiterhin wird berichtet, dass der Jahresabschluss für das Jahr 2017 am 05.03.2019 an das Rechnungsprüfungsamt übergeben sowie an die Kommunalaufsichtsbehörde versandt worden ist. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Jahresergebnis von 12,17 Mio. € ab. Die Finanzrechnung schließt mit einer positiven Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln von 10,53 Mio. € ab. Das Eigenkapital in der Bilanz hat sich um 12,68 Mio. € erhöht. Der ungeprüfte Jahresabschluss 2017 wird in den nächsten Tagen im Gremieninfosystem veröffentlicht.

Herr Schäfer bittet um Auskunft, ob es bereits Erkenntnisse über die Entwicklung der Haushaltslage im Zuge des Jahresabschlusses 2018 gibt. Frau Blossey erläutert, dass die Abschlussarbeiten im April beginnen werden und daher noch keine verbindlichen Zahlen genannt werden können.

8. Bericht über geleistete über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 95 d GO

Die Berichterstatteerin erläutert den Anwesenden die geleisteten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen insbesondere aufgrund von Mehrkosten im Energiebereich.

Herr Schäfer fragt nach, ob die überplanmäßigen Aufwendungen durch die Kürzungen im Ergebnishaushalt im Bereich der Sach- und Dienstleistungen verursacht wurden. Frau Blossey hält dies zumindest im Energiebereich für möglich.

Herr Egan möchte wissen, weshalb im Jahr 2018 unter Pos. 2 der Tabelle Mehraufwendungen in Bezug auf das Rathaus Nord, An der Strusbek, in Höhe von 60.000 € vermerkt sind. Frau Blossey erklärt, dass die Kosten für die Umbaumaßnahmen zur Vorbereitung auf den Umzug überwiegend im Jahr 2018 ausgeführt wurden und eine derartige überplanmäßige Aufwendung nicht zu umgehen war.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

9. Aufstellung eines Doppelhaushalts für die Haushaltsjahre 2020/2021

Die Berichterstatterin erläutert den Anwesenden die wesentlichen Inhalte der Vorlage und geht dabei auf Vor- und Nachteile eines Doppelhaushaltes ein.

Weiterhin bittet Herr Schäfer um eine Schätzung, wie viele Nachtragshaushalte im Fall eines Doppelhaushaltes voraussichtlich aufzustellen wären. Frau Blossey schätzt die Zahl der Nachtragshaushalte auf zwei pro Jahr.

Herr Thieme gibt zu bedenken, dass bei einem Doppelhaushalt der Gestaltungsspielraum durch die Politik im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht mehr jährlich ausgenutzt werden könne.

Herr Egan möchte wissen, ob ein doppelter Haushalt auch einen doppelten Stellenplan beinhalten würde. Frau Blossey bejaht dies.

Weiterhin gibt Herr Egan zu bedenken, dass ein Doppelhaushalt ein höheres Maß an Sensibilität durch die Verwaltung bei der Planung insbesondere des zweiten Jahres erfordert. Tendenziell werde die Zahl der überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im zweiten Jahr steigen. Frau Blossey erwidert, dass die Deckungsfähigkeit angepasst wurde, was die Überschreitung der Haushaltsansätze in Maßen decken wird.

Herr Kubczigk merkt an, dass die Gestaltungsmöglichkeiten durch die Politik weiterhin vorhanden sind und durch Nachträge eventuelle Anpassungen erfolgen können. Weiterhin sieht er einen Vorteil darin, dass eine derartige Planung Ruhe und Planungssicherheit in den Bereich der Investitionen bringen wird.

Herr Bertram möchte wissen, wie viel Prozent der Jahresarbeitsleistung der Kämmerei durch die Haushaltsplanung und Beratung belegt seien. Frau Blossey schätzt dies auf 40 % bis 45 % pro Jahr.

Weiterhin möchte Herr Bertram wissen, wie viel Prozent Zeitersparnis durch die Aufstellung eines Doppelhaushaltes erfolgen könnten. Frau Blossey sieht die Ersparnis um 50 %, gibt aber ebenfalls zu bedenken, dass der Fachdienst Finanzen und Liegenschaften im 1. Jahr des eventuellen Doppelhaushaltes erstmalig einen Konzernabschluss erstellen wird, was ebenfalls sehr umfangreich und zeitintensiv sein wird.

Herr Proske möchte wissen, ob ein Nachtrag auch über eine politische Mehrheit initiiert werden könne. Frau Blossey verneint dies, betont aber, dass Nachträge über Vorlagen steuerbar seien. Herr Proske gab weiter zu bedenken, dass der Haushaltsprozess die "Königdisziplin" der Politik sei und diese durch den Doppelhaushalt potentiell eingeschränkt würde.

Es herrscht nach ausführlicher Diskussion im Finanzausschuss Einigkeit, die Empfehlung für einen Doppelhaushalt für die Jahre 2020/2021 auszusprechen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

10. Anfragen, Anregungen, Hinweise

10.1. Jahresabschluss 2017

Herr Schäfer fragt an, ob die Erhöhung der Personalkosten durch Anpassung des TVöD im Plan berücksichtigt wurde. Frau Blossey betont, dass der Fachdienst Personalmanagement die Personalkosten grundsätzlich umsichtig plant und die Erhöhung durch den TVöD bereits im Haushalt 2019 eingerechnet wurde.

gez. Peter Egan
Vorsitzender

gez. Ines Wilke
Protokollführerin